

Berlin, Sonntag,

Die Zeitung erscheint in der Woche zweifach.

Bezugs-Preis:

Wochentlich

für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Postgebühr, für ganz Deutschland 9 Mk. Österreich 13 Kr. 82 Hdl., Rußland 4 Rub. 55 Kop., Holland 7 Fl. 50 Gts.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-SENDUNG 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen. Für England in London bei Miss. Siegle 39 Line Street E.C. und Conis & Co. 19 Gresham Street E.C.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37.
Annahme der Anzeigen: In der Expedition.

Alle besondere Beilagen erscheinen

Verdingungs-Anzeigen.

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Diebstahl-Listen der

Preussischen Klassen - Lotterie.

Allgemeine Verlosungs-Listen

mit Bestanden - Listen

und viele andere wichtige tabellarische

Übersichten.

Insertions-Gebühr:

Die vierzeilige Zeile 50 Pf.

Reklametext 1 Mk.

Verantwortlicher:

Mut I, Nr. 243.

Telegramm-Adresse:

Börsenfrone.

Vom Tage.

Vis gestern abend 5 Uhr waren in England gewählt: 178 Liberale, 225 Unionisten, 32 Mitglieder der Arbeiterpartei, 56 Anhänger Bismarcks und 6 Anhänger D'Almeida.

In Sofia werden die Gerichte von einem gegen die Türkei gerichteten, zwischen Griechenland und Bulgarien abgeschlossenen Vertrage offiziell als vollständig erfinden bezeichnet.

Von zuständiger Seite wird die Nachricht von der Proklamierung der Republik im Fürstentum Monaco für falsch erklärt.

Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, haben auf der Mehrzahl der Kriegsschiffe die Mannschaften neuerlich gemeuert.

Der Reichskanzler über die innere und auswärtige Politik.

Eine große Rede des Reichskanzlers zur inneren Politik, der hernach eine zweite Rede über einige aktuellen Fragen der auswärtigen Politik folgte, gab dem zweiten Tag der Erntedebatte das Gepräge. Man hatte angenommen, daß der von der Hoffnung in Springsprache zurückgekehrte Kanzler auf die Beschlüsse der Reichstagskommission stehende Abg. Hoffmann geben würde. Daß Herr v. Bethmann-Hollweg statt dessen sofort nach Eröffnung der Sitzung das Wort ergreift, verstärkt nur den Eindruck der Bedeutung seiner Erklärungen. In der äußeren Angelegenheit sind diese Kanzlerrede nicht gar sehr von manchen ihrer Vorgängerinnen. Lebhafte Reaktionen und Vorwürfe als gleichmäßig verteilte Gaben der Reife nach an die Linke und die Rechte, im Mittelpunkt die Betonung der sozialdemokratischen Gefahr und als Ausgangspunkt die Aufforderung zur Sammlung der bürgerlichen Parteien. Aber diesmal war es dem Kanzler doch in erster Linie darum zu tun, Herrn v. Heydebrand eine freilich verspätete Antwort zu erteilen, und so war dieser Teil der Rede, in dem sich Herr v. Bethmann auf die Konservativen wandte, weitaus der interessanteste.

Vor 14 Tagen hatte Herr v. Heydebrand unmittelbar an dem Stuhle des Kanzlers gestanden, die Hände in den Hosentaschen, in der Schietelshöhe kaum an die Stirn des sitzenden Herrn v. Bethmann herantreichend; wie einen ungeschickigen Schüler kanzelte er ihn ab, und die rechte Hand ans der Tasche nehmend, begleitete er die Ordres und Direktiven, die er dem Kanzler erteilte, mit nachdrücklichen und drohenden Bewegungen. Damals schloß Herr v. Bethmann — nach 1½ Wochen kam eine Verwahrung im Organ der Regierung; erst gestern fand die Szene von damals ihre Fortsetzung. Herr v. Heydebrand schenkte nicht vor der Wütigkeit der Strafe des Bundesrats, und als Herr v. Bethmann seinen Körper hinüberstreckte und Herrn v. Heydebrand apostrophierte, genau so, wie dieser es vor 14 Tagen ihm gegenüber getan hatte, da mochte es manchem der Herren, in deren Mitte der kleine Feldherr der Konservativen auf seinem Platze fast verschwand, nicht ganz behaglich zu Sinne sein. Als er es sich verbat, daß der Regierung und ihm eine Vorhaltung über ihre Pflichten gemacht würden, und mit wenigstens noch ergebenerer Stimme erklärte, er nehme nicht Direktiven von einer Partei entgegen, da kam aus dem Reihen der Nationalliberalen und dann verstärkt von allen Bänken der Linken ein anfangs etwas ungläubig klingender, dann aber immer stürmischerer Beifall.

Im ersten Teile der Rede hatte der Reichskanzler zur innigen Freude der Kritiker der Finanzreform und Gegner des schwarzblauen Blocks allseits etwas ironisch behandelt; vielleicht sollte diese lakonische Schärfe von vornherein die Bilde etwas verflüchten; jedenfalls wirkte die Auseinandersetzung mit Herrn v. Heydebrand dann um so überraschender. Herr v. Bethmann begnügte sich nicht mit dieser Verwahrung. Er beschränkte sich auch nicht darauf, die Forderung von Ausnahmemaßnahmen abzulehnen, er richtete an die bürgerlichen Parteien vielmehr die Aufforderung, die Regierung da zu unterstützen, wo sie auf dem geordneten Wege der Gesetzgebung revolutionärer Aufwiegelung und einem die persönliche Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht unterdrückenden Terrorismus entgegenzutreten versuche. Er verwies auf die Strafprozessmodelle mit ihrem auf die Verschleppung gerichteten Aburteilung gerichteten Bestimmungen, auf die Verschiebung der Ordnung mit der von der Mehrheit der Kommission abgelehnten Tendenz einer Beschränkung des sozialdemokratischen Einflusses auf die Krankenkassen, und für die gesetzgeberische Tätigkeit der nächsten Jahre kündigte er eine Revision des Strafgesetzbuches auch in der Richtung an, daß eine Verstärkung der Strafvorschriften die Möglichkeit gibt, geschwunden und gewalttätigen Angriffen auf die Staatsordnung mit größerem Erfolge entgegenzutreten als bisher, aber alles im Rahmen der geregelten Gesetzgebung und schon seit Jahren erwogen. Die Unterredungen aus der sozialdemokratischen Ecke des Saales veranlaßten Herrn von Bethmann vielleicht, sich etwas eingehender mit den Vorgängen im Moabit Prozesse zu beschäftigen und aus der Zurückhaltung herauszugehen, die man einem schwebenden Gerichtsverfahren gegenüber zu üben pflegt. Er tat es, indem er mit Nachdruck für die Belästigung eintrat, die bei den Unruhen in Moabit ihre Pflichten getren erfüllt hätten. Dann leitete Herr v. Bethmann Hoffweg über zu dem Appell an die bürgerlichen Parteien, sich auf dem Boden der bisherigen Wirtschaftspolitik von neuem zusammenzufinden zu gemeinsamer Arbeit.

Der Abg. Hoffmann betrat die Tribüne und stimmte den allgemeinen Richtlinien der vom Reichskanzler vorgezeichneten Politik im Namen seiner Parteifreunde zu. Aber er vergaß es nicht, die notwendigen Ergänzungen zu fordern, wozu ihm die einzelnen Verwaltungsgebiete des Reiches ein weites Feld boten. Nur in der Stellung zur Politik des Zollhauses trennte sich der Sprecher der Fortschrittlichen Volkspartei, Dr. Wiemer, hernach von dem Führer der Nationalliberalen und in der Schärfe des Angriffs gegen die Parteien des schwarzblauen Blocks, denn Hoffmann verriet Proportionalen.

Zwischen den Reden dieser beiden Parteiführer gab der Kanzler seine Erklärungen zur auswärtigen Politik. Am Montag ist von Herrn Ribbentrop-Wächter ein umfassendes Gespräch zu erwarten. Herr v. Bethmann hielt es für nützlich, schon gestern einige Worte zu sagen über den Dreibund, das Verhältnis zu England und Rußland sowie die zurzeit im Vordergrund des Interesses stehende türkische Frage; eine jede seiner Erklärungen hierüber fand ungeteilten Beifall im Hause und wird draußen ebenso freudigem Widerhall begegnen.

Telegramme.

Saupark bei Springe, 10. Dezember. (G. T. G.) Der Kaiser ist mit seinen Gästen im Sandbergzuge um 4½ Uhr über Hannover nach Station Wildpark abgereist. Der heutige Jagelag war vom besten Wetter begünstigt.

Köln, 10. Dezember. (Priv.-Tel. d. W. B. Z.) Die „Köln. Bl.“ schreibt zur Aufnahme des Professors Spahn in die Zentrumsfraktion: Martin

Spahn hat, wie aus der Erklärung der Zentrumsfraktion hervorgeht, bevor er nach langem Kampf die Aufnahme durchsetzte, seine früheren Beziehungen zu dem Grafen v. Sodenbroock b-bauern und „besprechenden Erklärungen über seine beanstandeten literarischen Rundgebungen“ abgeben müssen, über deren Inhalt nichts weiter verlautet. Wenn diese Erklärungen auch die Zentrumsfraktion befriedigt haben, eine höhere Zustimmung wird sich davon schwerlich beschieden fühlen. Wir glauben zu wissen, daß die Beschlüsse des Grafen v. Sodenbroock gegen Martin Spahn in Rom das Interesse hat und das sich in heftigen Angriffen der „Boce della Verita“ und der „Correspondance de Rome“ äußerte, noch gesteigert hat. Der Erfolg, den er jetzt mit einer Aufnahme in die Zentrumsfraktion erzielt hat, ist geeignet, das dort allmählich wachsende Vertrauen gegen die starke katholische Partei in Deutschland zur Flamme anzufachen und Folgen heraufzubeschwören, die durch die Ablehnung der Person Martin Spahn als eines Mitgliedes dieser Partei hätten vermieden werden können. Sicher ist, dieser Spahn im Fleische des Zentrums wird ein Balken im Auge der römischen Kurie werden.

Köln, 10. Dezember. (Priv.-Tel. d. W. B. Z.) Zum Falle Dammann schreibt Rechtsanwalt Dammann der „Köln. Volks-Ztg.“: Bei Eröffnung meiner Duell-Angelegenheit im Reichstag hat Kriegsminister v. Seeringer erklärt, ich sei für schuldig befunden, weil ich gegenüber einem Kameraden mit dem ich in nicht einwandfreier geschäftlicher Beziehung gestanden hätte und von dem ich öffentlich keine Bescheidigt worden sei, meine beleidigte Ehre nicht hinreichend gewahrt habe. Auf den Punkt: „Was hätte er denn tun sollen?“ hat der Minister entgegnet: Abgesehen von einer Forderung hätte ich den Ehrengast anrufen oder gerichtliche Klagen anstrengen können. Ich hätte — aber nichts von alledem getan. Darin liegt der mir gemachte Vorwurf nicht genügender Wahrung meiner Ehre begründet. Demgegenüber stelle ich fest: 1. gleich am Tage und in der Stunde, als ich den beleidigenden Brief erhielt, habe ich unter Einbindung des Originals dem Ehrengaste Meldung gemacht. 2. Gleichzeitig habe ich die gerichtliche Klage eingeleitet und auch davon dem Ehrengaste Meldung gemacht. Der Ehrengast hat mich aber unter Hinweis auf Nr. 1 der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 15. Juni 1897 gezwungen, die gerichtliche Klage zurückzunehmen. Diese Bestimmung lautet: „Kommen zwischen Beschädigten und Beleidigten vor, so sind die Beteiligten verpflichtet, unter Unterlassung aller weiteren Schritte ihrem Ehrengaste sofort Anzeige zu machen.“ Alles das geht aus den Ehrengastenschriften hervor, die dem Kriegsminister noch nicht vorliegen. Der Herr Oberlandesgerichtspräsident hat übrigens nicht nur Ermittlungen dahin angestellt, ob ich tatsächlich in einem nicht einwandfreien geschäftlichen Verkehr zu meinem Beleidiger gestanden habe, sondern auch, ob ich das zur Wahrung meiner Ehre Notwendige sofort getan habe. Nach beiden Richtungen haben seine Ermittlungen ergeben, daß mir nichts Vorwurfs sei.

Weimar, 10. Dezember. (G. T. G.) Der hiesige Dom, der in achtjähriger Arbeit mit einem Kostenaufwande von rund 1½ Millionen Mark ausgebaut worden ist, ist heute in Gegenwart des Oberpräsidenten, Staatsministers Febrin, v. Meibohren, des Regierungspräsidenten Prinzen von Malthe und Corvey und des Landeshaupmanns v. Mengers eingeweiht worden.

Wien, 10. Dezember. (G. T. G.) Abgeordnetenhause. Im Laufe der Debatte über die Verlängerung des Antirevivilligenums sprach nach dem Finanzminister die Abgeordnete Kolischer und Csoos, worauf der Schluß der Debatte beantragt wurde. Gleichzeitig beantragte der tschechisch-slovakische Abgeordnete Kalina Schluß der Sitzung und Auflösung des Hauses. Präsident Dr. Pallat brachte zuerst den Antrag auf Schluß der Debatte zur Abstimmung. (Abfallender Lärm der tschechisch-slovakischen Abgeordneten.) Der Antrag des Abgeordneten Kalina auf Schluß der Sitzung wurde abgelehnt. Unter fortwährendem Lärm der tschechisch-slovakischen Abgeordneten wurden die Abgeordneten Wohlmeier und Sramek zu Generaldeputierten gewählt. Unter Pfeifen und Bittbedeckelungen der tschechisch-slovakischen Abgeordneten eine kurze Rede. Sodann protestierte Abge-